

Vergangenheitspolitik in Indonesien: die Massaker von 1965-1966

Ufen, Andreas

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ufen, A. (2014). *Vergangenheitspolitik in Indonesien: die Massaker von 1965-1966*. (GIGA Focus Asien, 3). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Asien-Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-382229>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Vergangenheitspolitik in Indonesien: Die Massaker von 1965-1966

Andreas Ufen

Trotz beachtlicher Demokratisierungserfolge hat Indonesien Probleme bei der Vergangenheitsbewältigung. Besonders die Aufarbeitung der Massaker von 1965-1966 stößt auf große Widerstände.

Analyse

Mitte der 1960er Jahre kam es in Indonesien zu einem der schwersten Massaker des 20. Jahrhunderts. Damals kamen etwa eine halbe Million Menschen, denen Verbindungen zur Kommunistischen Partei Indonesiens (PKI) nachgesagt wurden, um. Über die Verbrechen wurde in den folgenden Jahrzehnten in Indonesien kaum gesprochen. Kommunisten wurden bis zum Jahr 1998 weiterhin verfolgt und sind bis heute stigmatisiert.

- Die Hintergründe des Putschversuches vom 1. Oktober 1965, die genauen Umstände der darauf folgenden Massaker sowie die Rolle der unterschiedlichen Gewaltakteure in den einzelnen Regionen sind bis heute kaum erforscht.
- Es gibt noch heute eine starke Koalition für das Vergessen. Das Militär ist weiterhin nicht daran interessiert, sich seiner Vergangenheit zu stellen. Außerdem gibt es Widerstand insbesondere aus der Golkar-Partei, von reaktionären Gruppierungen sowie von all jenen, die in der Zeit der Neuen Ordnung die Herrschaft Suhartos (1966-1998) unterstützt haben.
- Während der Präsidentschaft von Abdurrahman Wahid (1999-2001) kam es zu mehreren Vorstößen zur Aufarbeitung der Geschichte; unter seinen Nachfolgern Megawati Sukarnoputri und Susilo Bambang Yudhoyono stagnierte dieser Prozess aber wieder.
- Allerdings gibt es seit einigen Jahren zahlreiche, vor allem zivilgesellschaftliche Initiativen zur Aufarbeitung des Geschehenen. Dazu zählen Versuche, Massengräber auszuheben, Seminare und Workshops, Dokumentations- und Forschungsarbeiten und der Bericht der nationalen Menschenrechtskommission aus dem Jahr 2012.

Schlagwörter: Indonesien, Vergangenheitspolitik, Putschversuch, Massaker 1965-1966

Ungeklärte Verbrechen

Seit dem Rücktritt Suhartos im Mai 1998 hat die Republik Indonesien einen beachtlichen Prozess der Demokratisierung durchlaufen. In mehreren, im Wesentlichen freien und fairen Wahlen haben sich zahlreiche Parteien in einem intensiven Wettbewerb auf der nationalen und Provinzebene sowie in Distrikten und Städten um Ämter beworben. Das Land weist allerdings immer noch zahlreiche Demokratiedefizite auf wie eine unzureichende zivile Kontrolle des Militärs, Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte (insbesondere in Papua), ein sehr hohes Maß an Korruption oder das Gewährenlassen gewaltbereiter ziviler Organisationen.

Ein besonders auffälliger Hinweis auf verbliebene Residuen der langen autoritären Herrschaft und auf den weiterhin vorhandenen Einfluss konservativer Kräfte ist der Umgang mit Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit. Im englischsprachigen Raum wird diese Aufarbeitung als „transitional justice“ bezeichnet, im deutschsprachigen Raum hat sich insbesondere mit Blick auf den Holocaust der Begriff „Vergangenheitspolitik“ durchgesetzt. Diese umfasst den politischen, rechtlichen und kulturellen Umgang einer demokratischen Gesellschaft mit ihrem diktatorischen Erbe.

Diese Aufarbeitung der Vergangenheit ist in Indonesien besonders schwierig, weil die Zeit der Militärdiktatur der sogenannten Neuen Ordnung (1966-1998) außergewöhnlich lang war, weil trotz Demokratisierung bisher ein großer Teil der alten Eliten in Wirtschaft, Militär, Bürokratie und Politik nicht entmachtet worden ist und weil die junge Demokratie fortlaufend mit weiteren Gewaltextzessen konfrontiert worden ist. Die verschiedenen Regierungskoalitionen mussten sich seit dem Jahr 1998 mit einer Reihe von secessionistischen Bewegungen in Osttimor (dem seit 2001 unabhängigen Timor Leste), Aceh und Papua auseinandersetzen. Diese Konflikte konnten jeweils erst nach einigen Jahren mehr oder weniger erfolgreich gelöst werden. Hinzu kamen Auseinandersetzungen, die in Indonesien als „horizontale Konflikte“ bezeichnet werden, also zwischen ethnischen und religiösen Gruppen in den Molukken, in Poso, in Kalimantan und anderen Regionen, bei denen es zu schwersten Menschenrechtsverletzungen kam, die überwiegend niemals aufgeklärt wurden.

Aus der autoritären Vergangenheit muss vor allem das Massaker von 1965-1966 untersucht wer-

den, aber auch unzählige weitere Verbrechen. So war Indonesien in Osttimor seit dem Jahr 1975 als Kolonialmacht aufgetreten. Während dieser Herrschaft sollen Zehntausende umgekommen sein. Als die Einwohner Osttimors sich in einem Referendum im Jahr 1999 für die nationale Unabhängigkeit aussprachen, kam es zu Gewaltextzessen, für die – ähnlich wie 1965-1966 – Militärs und Vigilantengruppen gemeinsam verantwortlich waren. Auch in Aceh, der im Norden Sumatras gelegenen Provinz, waren indonesische Militärs seit den 1970er Jahren wie Kolonialherren aufgetreten. Der Kampf des Militärs gegen die Guerillaorganisation „Bewegung Freies Aceh“ (GAM) dauerte bis zum Tsunami im Jahr 2004. Ähnlich brutal ist das Militär in Papua vorgegangen (und tut das in abgeschwächter Intensität bis heute).

Darüber hinaus kam es in verschiedenen Städten in den Jahren 1982-1985 zu den sogenannten „mysteriösen Erschießungen“ (in Indonesien unter dem Akronym „Petrus“ bekannt), bei denen mehrere Tausend Menschen, denen kriminelle Verbindungen nachgesagt wurden, von Sondereinheiten extralegal hingerichtet wurden. Ihre Leichen legte man häufig zur Abschreckung an öffentlich zugänglichen Orten ab. Andere Beispiele sind das gewaltsame Vorgehen von Militärs gegen protestierende Muslime in Tanjung Priok (Jakarta) 1984, der Talangsari-Fall 1989, bei dem Militärs und Polizisten in Lampung (Südsumatra) bei Auseinandersetzungen mindestens 130 Menschen töteten, sowie der Angriff auf das Gebäude der oppositionellen Demokratischen Partei Indonesiens (PDI) im Jahr 1996. In die Spätphase der Neuen Ordnung fielen auch Demonstrationen von Studenten, die von Sicherheitskräften oder Vigilanten angegriffen wurden, Entführungen von Studenten durch die Eliteeinheit Kopassus 1997-1998 und die wahrscheinlich bewusst für Gewalttaten instrumentalisierten Proteste kurz vor dem Rücktritt Suhartos im Mai 1998 mit über 1.000 Toten und mutmaßlich systematisch durchgeführten Vergewaltigungen (zu den einzelnen Fällen: ICTJ 2011).

In einigen Fällen hat die nationale Menschenrechtskommission Komnas HAM Berichte an den Generalstaatsanwalt weitergeleitet. Dieser sollte aufgrund des Gesetzes 26/2000 über Human Rights Courts und eines Verfassungsgerichtsurteils aus dem Jahr 2007 die Menschenrechtsverletzungen untersuchen, verzichtete darauf aber in den meisten Fällen. Sein Argument: Es wäre unmöglich, die Aufarbeitung all dieser Verbrechen im Detail

nachzuzeichnen. Es genügt hier festzustellen, dass rechtliche Verfahren in aller Regel aus der Sicht der Opfer und ihrer Angehörigen zu enttäuschenden Resultaten führten (ICTJ 2011: 37). Die Jakarta Legal Aid Foundation versuchte beispielsweise im Jahr 2005 in einer zivilrechtlichen Sammelklage gegen die fünf früheren indonesischen Präsidenten Entschädigung für die etwa 20 Millionen Opfer zu erwirken. Die Klage wurde abgewiesen.

Im Folgenden beschränkt sich die Darstellung auf die Auseinandersetzung mit den Massakern der Jahre 1965-1966, da sie die weitaus höchsten Opferzahlen forderten und weil sie einen entscheidenden Wendepunkt in der nationalen Geschichte markieren. Die Aufarbeitung dieser Ereignisse wird von besonderer Bedeutung für die weitere Demokratisierung des Landes sein.

Der bis heute rätselhafte Putschversuch

Am Ende der Phase der Gelenkten Demokratie (1957-1965) hatte sich der Gegensatz zwischen konservativen und sozialrevolutionären Kräften verstärkt. Die Gelenkte Demokratie war von Präsident Sukarno unter anderem mit Unterstützung des Militärs durchgesetzt worden, zugleich stützte er sich in einer äußerst widersprüchlichen Koalition aber auch auf muslimische Organisationen und Parteien und auf die Kommunistische Partei Indonesiens (PKI). Die PKI war damals die größte kommunistische Partei in einem nicht sozialistischen Land. Sie gab an, drei Millionen Mitglieder und mehrere Millionen weitere Unterstützer in parteinahen Organisationen zu haben. Auch wenn die Zahl zu hoch gegriffen sein könnte, sahen viele die Partei, die bei den Wahlen im Jahr 1955 16,4 Prozent der Stimmen erhalten hatte, als Avantgarde einer möglichen Revolution.

Die „Bewegung vom 30. September“ (Gestapu, Gerakan September Tiga Puluh) beendete die Phase der Gelenkten Demokratie. Am frühen Morgen des 1. Oktober 1965 wurden sieben Offiziere, darunter sechs Generäle, entführt und später unter ungeklärten Umständen in Lubang Buaya (Ost-Jakarta) hingerichtet. Die Putschisten besetzten den Präsidentenpalast, die Rundfunkstation und das Postgebäude am Merdeka-Platz in Jakarta. Oberstleutnant Untung, der Anführer der Gestapu, erklärte im Rundfunk, dass die „Bewegung des 30. September“ einen CIA-unterstützten Putsch eines „Rates der Generäle“ vereitelt habe. Die Bewegung

erklärte, sie unterstütze Sukarno und die indonesische Revolution und richte sich gegen machtbesessene hohe Offiziere.

Nach der offiziellen Version der späteren Machthaber um Suharto war die PKI und mit ihr verbundene Massenorganisationen für diesen Putschversuch vom 1. Oktober verantwortlich. Diese Interpretation steckt allerdings voller Widersprüche (Roosa 2006). Die mittleren Offiziere um Untung waren keine Kommunisten und vertraten auch keine Ziele, die sie als enge Sympathisanten ausgewiesen hätten. Außerdem war die PKI, eine insgesamt sehr gut organisierte Partei, in den Wochen nach dem Putsch selbst offensichtlich vollkommen unvorbereitet auf die dann folgenden Ereignisse. Eine andere Interpretation, die zunächst nur als vorläufige Version unter Wissenschaftlern kursierte, dann aber schnell den Weg in eine breitere Öffentlichkeit fand, war das sogenannte *Cornell-Paper* (Anderson und McVey 1971), wonach der Putschversuch auf armeeinterne Konflikte zurückzuführen war. Geht man davon aus, dass Generalmajor Suharto selbst die Strippen gezogen hat, ist der Putschversuch in Wirklichkeit ein geglückter, sehr raffiniert inszenierter Vorwand für den eigentlichen Putsch gewesen, für den die Gestapu-Offiziere nur das Feld bereiteten. Andere Interpretationen betonen die mögliche Rolle Sukarnos oder den Einfluss ausländischer Mächte, insbesondere der US-Amerikaner und Briten (Simpson 2008). Im „Westen“ reagierte man damals in der Regel mit einer Mischung aus Gleichgültigkeit gegenüber den folgenden Massakern und Erleichterung über die Eindämmung einer großen kommunistischen Partei.

Nach heutigem Forschungsstand ist davon auszugehen, dass verschiedene Gruppen involviert gewesen sind, dass die PKI aber keineswegs die bestimmende Kraft gewesen ist. Die genauen Abläufe bleiben weiterhin im Dunklen. Der Putschversuch diente dann den Kräften um Suharto als willkommener Vorwand, um ein prowestliches Militärregime zu errichten und die politische Linke zu vernichten (Roosa 2006).

Die Massaker und der Antikommunismus der Neuen Ordnung

Generalmajor Suharto konnte in der Krisensituation im Oktober 1965 die Führung des Militärs übernehmen. Sukarno, dessen Rolle bis heute unklar ist,

gab ihm dabei freie Hand. Es war eine Art Doppelherrschaft von Suharto und Sukarno entstanden, bei der sich Suharto mehr und mehr an die Spitze einer neuen Regimekoalition setzen konnte. Diese bestand aus Studentenorganisationen sowie aus Teilen der liberalen und der konservativen städtischen Mittelklasse, des Militärs und der Bürokratie sowie orthodoxen Muslimen, insbesondere der traditionalistisch-islamischen Partei Nahdatul Ulama (NU). Zu der antikommunistischen Koalition gehörte auch der konservative Flügel der Nationalistischen Partei Indonesiens (PNI), also der Partei Sukarnos, sowie verschiedene christliche Gruppierungen.

Die Massaker begannen schon im Oktober 1965; sie bereiteten den Boden für eine jahrzehntelange autoritäre Herrschaft. An der Verfolgung der Kommunisten beteiligten sich in Jakarta, etwa beim Angriff auf die PKI-Parteizentrale, auch nationalistische und christliche Studentenorganisationen, zum Beispiel in der „KAP-Gestapu“ („Action Front to Crush the 30 September Movement“). Am heftigsten wurden die (oft nur vermeintlichen) Kommunisten in den Regionen bekämpft, in denen sie seit jeher besonders stark verwurzelt gewesen waren, also in den Dörfern Ost- und Zentraljavas, im Umkreis der Plantagen Nordsumatras und in Bali, weniger in den Städten oder in Aceh, West Sumatra oder Madura (siehe Beiträge in: Cribb 1990; Kammen und McGregor 2012). Es gehört bis heute zu einem der weitverbreiteten Fehlinformationen, wonach besonders viele Indonesier chinesischer Abstammung zu den Opfern gezählt hätten.

Meist gingen die Massaker erst los, als Militäreinheiten in die Regionen kamen, Waffen verteilten und ihre zivilen Unterstützer kurz militärisch ausbildeten. In Zentral- und Ostjava arbeitete zum Beispiel eine Spezialeinheit unter Oberst Sarwo Edhie mit Verbänden der NU-Jugendorganisation Ansor zusammen. In einigen Gebieten spielten ethnische Konflikte (Nord-, Ost- und Südsumatra sowie Westkalimantan) und religiöse Auseinandersetzungen (Bali, Java, Aceh etc.) eine wichtige Rolle. Manchmal führte das Militär die Hinrichtungen selbst aus, einige Male musste es eingreifen, um Schlimmeres zu verhindern. In vielen Fällen umstellten Militärs und ihre Hilfstruppen ganze Nachbarschaften oder Dörfer und richteten die Kommunisten und deren, oftmals nur vermeintliche, Sympathisanten mit Macheten hin. Andere wurden gefangen genommen und gefoltert. Leichen wurden in Massengräbern verscharrt, in Höh-

len abgelegt oder in Flüsse geworfen (vgl. Cribb 2008).

Als Grund für die ungeheure Brutalität und die Maßlosigkeit der Gewalt wird die Verunsicherung der Militärs genannt, die offenbar lange einen Gegenschlag der PKI fürchteten. Außerdem war es ein Bürgerkrieg, in dem die Fronten nicht genau definierbar waren. Die Frontlinien gingen mitten durch Dorfgemeinschaften, zum Teil auch von Familien. Eine stark antikommunistische Stimmung war in dieser Phase weit verbreitet. Dazu trug die staatliche Propaganda mit Berichten über angebliche Gewaltexzesse der PKI und sadistische, sexuell aufgeladene Rituale von Mitgliedern der PKI-nahen Frauenorganisation Gerwani in Lubang Buaya bei. Spätestens seit dem Jahr 1987 – aufgrund von Berichten der Autopsie der sieben Offiziere – gilt die Armeepropaganda jedoch als widerlegt.

Schon im März 1966 wurden die meisten Übergriffe eingestellt, einzelne Gemetzel sind aber noch bis in das Jahr 1969 hinein belegt. Die meisten Autoren schätzen die Zahl der Opfer auf etwa 500.000; im ICTJ-Bericht (ICTJ 2011: 35) ist von „vielleicht mehr als eine Million Menschen“ die Rede. Etwa 1,4 bis 1,5 Millionen Indonesier (nach anderen Schätzungen jedoch nur 600.000-750.000) wurden wegen angeblicher Verbindungen zur „Gestapu“ oder zur PKI ohne richterlichen Haftbefehl gefangen gehalten, von ihnen wurden aber viele schon nach kurzer Zeit freigelassen.

Gestapu wurde zu einem zentralen Mythos in der offiziellen Geschichtsschreibung der Neuen Ordnung (1966-1998), die im Gefolge der Ereignisse vom 30. September/1. Oktober durch eine Fraktion im Militär etabliert wurde. Der neue Präsident Suharto verfügte im Jahr 1967 per Dekret, dass der 1. Oktober fortan als *Hari Kesaktian Pancasila* („Pancasila Sanctity Day“) der Erinnerung an den vereitelten Putsch gewidmet werden sollte. Indonesien überlebte demnach den Putschversuch aufgrund der „Heiligkeit“ der „Staatsphilosophie“ Pancasila (die „fünf Säulen“). Die Neue Ordnung korrigierte auf diese Weise die Abweichungen der alten Ordnung unter Sukarno. Schon im Jahr 1969 errichtete man außerdem ein Museum in Lubang Buaya (Ostjakarta), in dem jeweils am 1. Oktober der ermordeten Offiziere in einem feierlichen Zeremoniell gedacht wurde.

Die letzte große Welle von Entlassungen erfolgte Ende der 1970er Jahre. Das bedeutete jedoch nicht, dass das Regime grundsätzlich eine gemäßigte Haltung gegenüber den vermeintlich Verantwortli-

chen des Putschversuches einnahm. Eine ministerielle Verordnung aus dem Jahr 1981 („Guidance and Monitoring of Former Political Detainees and Prisoners of G30S/PKI“) schränkte deren Bewegungsfreiheit und individuellen Freiheitsrechte ein. Anfang der 1990er Jahre hatten noch 1,35 Millionen Indonesier in ihrem Ausweis einen Vermerk, wonach sie ehemalige politische Gefangene („ET“, Eks Tahanan) waren. Erst im Jahr 1995 wurde diese diskriminierende Praxis aufgehoben. Seit dem Jahr 1984 wurde jedes Jahr der Propagandafilm „Pengkhianatan G30S/PKI“ („Verrat G30S/PKI“) gezeigt, in dem die offizielle Interpretation der Ereignisse dargestellt war. In dem Spielfilm rettet das Militär das indonesische Volk vor der kommunistischen Bedrohung.

Der Antikommunismus wurde in der Neuen Ordnung zu einem Repressionsinstrument gegen fast jede Art von Opposition. Selbst noch Mitte der 1990er Jahre wurde die vermeintliche Gefahr des Kommunismus heraufbeschworen. Der Generalstabschef der Armee, Suyono, wies auf „formlose Organisationen“ („OTB“) hin und Generalleutnant Syarwan Hamid warnte vor „Kommunisten neuen Stils“ („Komunis Gaya Baru“, „KGB“) und sprach davon, dass ehemalige PKI-Mitglieder jetzt mit Menschenrechtlern und Umweltschützern kooperieren würden.

Der Umgang mit den Verbrechen seit dem Jahr 1998

Als Suharto im Mai 1998 auf dem Höhepunkt der Asienkrise zurücktreten musste und sich schon nach wenigen Tagen abzeichnete, dass es zu grundlegenden Reformen kommen würde, rechneten viele Beobachter damit, dass auch die Verbrechen der Vergangenheit zur Sprache kommen müssten. Schon im Jahr 1999 erschienen mehrere Analysen und Zeitzeugenberichte auf indonesisch, in denen unter anderem der Einfluss der CIA, westlicher Regierungen beziehungsweise der Streitkräfte beleuchtet wurde. Auch in den folgenden Jahren erschienen immer wieder Bücher zu Gestapu oder zu den Massakern. Mittlerweile sind diese Hoffnungen auf eine Revision des Geschichtsbildes aber einer großen Ernüchterung gewichen.

B. J. Habibie, der vom Mai 1998 bis zum Oktober 1999 als unmittelbarer Nachfolger Suhartos für eine Interimsphase bis zu den Parlaments- und Präsidentenwahlen im Amt war, sorgte für die Ent-

lassung politischer Gefangener. In seine Amtszeit fiel auch der Beschluss, denjenigen, denen man eine wie auch immer ausgeprägte Beteiligung an der Gestapu vorgeworfen hatte, das Wahlrecht zu gewähren und die Aufhebung des Gesetzes 11/PNPS aus dem Jahr 1963 zur „Ausrottung subversiver Aktivitäten“. Der Informationsminister im Kabinett Habibie setzte die Ausstrahlung des Propagandafilms „Pengkhianatan G30S/PKI“ ab, dafür wurde aber ein ähnlicher, etwas abgemilderter Streifen gezeigt. Habibie selbst nahm in den Jahren 1998 und 1999 an der Zeremonie *Hari Kesaktian Pancasila* zu Ehren der ermordeten Offiziere teil. Im Jahr 2000 wurde die Zeremonie umbenannt („Commemoration of the National Tragedy due to the Betrayal of the Pancasila“), blieb aber eine antikomunistische Veranstaltung (van Klinken 2005). Außerdem wurde eine Arbeitsgruppe zur Untersuchung der Vorgänge vom Mai 1998 eingerichtet. Im Zusammenhang mit den Vergewaltigungen vom Mai 1998 errichtete man im Oktober die National Commission for the Elimination of Violence Against Women (Komnas Perempuan), die später unter anderem einen Bericht veröffentlichte („Gender-based Crimes Against Humanity: Listening to the Voices of Women Survivors of 1965“), für den 122 Frauen, unter ihnen ehemalige Gerwani-Mitglieder, befragt worden waren.

Auf Habibie folgte im Präsidentenamt im Oktober 1999 Abdurrahman Wahid, der einerseits als liberaler Muslim immer wieder Reformen anstieß, aber als wohl einflussreichster Religionsgelehrter der Nahdatul Ulama in seiner Organisation auf entschlossenen Widerstand stieß. Im März 2000 entschuldigte sich Abdurrahman im Fernsehen für die Verbrechen von NU-Angehörigen und trat für eine Aufarbeitung dieser Vergangenheit und für Versöhnung ein. Allerdings scheiterte er mit dem Versuch, einen Beschluss zum Verbot des Marxismus-Leninismus durch die zweite Kammer aufheben zu lassen. Er setzte sich aktiv für die Rehabilitierung ehemals Verfolgter und für die Rückkehr der Exilanten nach Indonesien ein. In dieser Zeit wurde auch ein Gesetzesentwurf ausgearbeitet, der die Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission vorsah.

Abdurrahmans Nachfolgerin Megawati Sukarnoputri von der PDI-P musste als Tochter Sukarnos ein gesteigertes Interesse an der Aufarbeitung zumindest des Putschversuches haben. Sie erwies sich aber auch in diesem Politikbereich als eher konservativ und zögerlich. Immerhin wurde im

Jahr 2004 in neuen Schulbüchern der gängige Ausdruck „G30S/PKI“ („Bewegung des 30. September/PKI“) durch „G30S“ ersetzt. Die PKI war damit also nicht mehr allein verantwortlich.

Die Vergangenheitspolitik stagnierte auch unter Megawatis Nachfolger Susilo Bambang Yudhoyono. Die revidierten Schulbücher wurden nach Protesten verboten und auf Anordnung des Generalstaatsanwaltes im Jahr 2007 verbrannt. Unter dessen wurde das Gesetz zur Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission, das im Jahr 2004 verabschiedet worden war, im Jahr 2006 vom Verfassungsgericht überraschend für ungültig erklärt. Das Gericht war von Menschenrechtsgruppen angerufen worden, weil eine Amnestie der Täter im Falle eines Schuldeingeständnisses vorgesehen war. Das Gericht empfahl, das Gesetz zu revidieren oder eine Versöhnung durch Rehabilitierung bzw. Amnestie anzustreben. Das Justiz- und Menschenrechtsministerium formulierte daraufhin einen neuen Gesetzesentwurf zur Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission, der derzeit immer noch dem Parlament zur Beratung vorliegt.

Initiativen zur Neubewertung der Massaker gingen nicht von der Regierung, sondern von der nationalen Menschenrechtskommission Komnas HAM aus. Diese veröffentlichte nach einer vierjährigen Untersuchung im Juli 2012 einen ca. 200-seitigen Bericht (Komnas HAM 2012), in dem sie zu dem Ergebnis kommt, dass Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen worden sind. Die Kommission spricht von einem „dunklen Kapitel in der Geschichte Indonesiens“. Die Ereignisse waren demnach die Folge bewusster staatlicher Politik zur Auslöschung der Mitglieder und Anhänger der Kommunistischen Partei. Komnas HAM forderte zudem den Generalstaatsanwalt auf, Untersuchungen zu den Menschenrechtsverletzungen aufzunehmen, was dieser allerdings ablehnte.

Berater des Präsidenten arbeiteten bereits einen Entwurf für eine offizielle Bitte um Entschuldigung sowie für Entschädigungszahlungen aus. Der ehemalige Kommandeur der Streitkräfte und amtierende Koordinierungsminister für politische, rechtliche und Sicherheitsangelegenheiten, Djoko Suyanto, sprach sich jedoch gegen eine solche Entschuldigung aus, da die Morde gerechtfertigt gewesen seien, um das Land vor dem Kommunismus zu retten. Ähnlich äußerten sich die Führung der muslimischen Massenorganisation Nahdatul Ulama, der damalige Kommandeur der Streitkräf-

te, Admiral Agus Suhartono, sowie der stellvertretende Vorsitzende und der stellvertretende Generalsekretär von Golkar, Priyo Budi Santoso bzw. Leo Nababan.

Präsident Susilo Bambang Yudhoyono scheint sich mittlerweile stillschweigend von dem Vorhaben einer Neubewertung verabschiedet zu haben. Das dürfte auch damit zu tun haben, dass sein Schwiegervater, General Sarwo Edhie Wibowo, 1965-1966 als Kommandeur der Eliteeinheit RPKAD maßgeblich für die Massaker in Zentraljava verantwortlich gewesen ist. Die Partai Demokrat von Susilo sprach sich sogar dafür aus, Sarwo Edhie zu einem Nationalhelden zu ernennen. Sarwo Edhies Sohn, der Exstabschef des Heeres General Pramono Edhie Wibowo, ist zudem heute ein möglicher Präsidentschaftskandidat.

Vorsichtige Versuche der Aufklärung

Es gibt aber zunehmend Initiativen zum kritischen Umgang mit der indonesischen Geschichte, die von zivilgesellschaftlichen Gruppierungen, der Presse und der Wissenschaft ausgehen. Anfang des Jahres 2011 führte das Goethe-Institut zusammen mit vielen indonesischen Teilnehmern in Jakarta eine viertägige Veranstaltung durch („Indonesia and the World in 1965“). Internationale Konferenzen fanden im Jahr 2009 an der National University of Singapore (vgl. Kammen und McGregor 2012) und im Februar 2013 an der Australian National University statt (siehe dazu das Sonderheft *Journal of Current Southeast Asian Affairs* 3/2013). Das indonesische Nachrichtenmagazin *Tempo* widmete sich im Jahr 2012 in einer Sonderausgabe diesem Thema. Auch im indonesischen Fernsehen sind Dokumentationen gezeigt worden.

Neben Menschenrechts- und Rechtshilfeorganisationen wie KontraS (Commission for „the Disappeared“ and Victims of Violence), ELSAM (Institute for Policy Research and Advocacy) und LBH (Legal Aid Institute) gibt es mittlerweile zahlreiche spezialisierte Interessenvertretungen für die Opfer, so zum Beispiel YPKP (Research Foundation for Victims of Murder), Pakorba (New Order's Victims Association), LPKP (Research Institute for Victims of Massacres), LPK 65 (1965 Victim's Defender Organisation), LPRKROB (Institute for the Fight for the Rehabilitation of Victims of the New Order Regime), KKP HAM 65 (1965 Human Rights Victims' Action Committee) sowie KKPK (Coali-

tion for Justice and Truth), eine Vereinigung von 47 NROs und staatlichen Institutionen. Auf lokaler/regionaler Ebene arbeiten zum Beispiel SKP HAM Palu (Solidarity with the Victims of Human Rights Violations, Palu), JPIT (Eastern Indonesian Women's Network) in Kupang, Syarikat in Yogyakarta, Taman 65 (The Garden of 65) in Bali und Sekber '65 (Joint Secretariat '65) in Zentraljava (siehe Wahyuningroem 2013). Einige dieser Organisationen dokumentieren die Ereignisse und sammeln Interviews (so auch das ISSI, Institute of Indonesian Social History) oder versuchen Opfer und Täter zusammenzuführen. In wenigen Fällen wurden Massengräber ausgehoben, was jedoch zu erheblichen Protesten, etwa durch islamistische Gruppierungen, führte.

Gegenwärtig wird – nicht nur in Indonesien – die Diskussion über die Gemetzel durch den Film „The Act of Killing“ von Joshua Oppenheimer erneut angefasst. In der Tradition des Cinéma vérité, das heißt ohne Voice-over und unter direktem Einbezug des Regisseurs und der Kamera, stellen einige Täter in für den Zuschauer verstörender Weise ihre Morde nach. Sie schildern detailliert den Umgang mit ihren Opfern und rühmen sich ihrer Taten. Der Film konzentriert sich auf die Rolle notorischer Krimineller und berücksichtigt die Organisation und Durchführung der Massaker durch das Militär kaum; er vermittelt aber eine Ahnung davon, was die Täter von damals motivierte und wie einflussreich sie heute noch sind. Ein Beispiel hierfür ist die weiterhin existierende paramilitärische Organisation Pemuda Pancasila.

Insgesamt ist die Debatte in Indonesien noch kaum vorangekommen. Während Abdurrahman Wahid ostentativ auf eine Teilnahme an den Feierlichkeiten jeweils am 1. Oktober im Museum von Lubang Buaya verzichtet hatte, hat Präsident Susilo Bambang Yudhoyono seit Beginn seiner Amtszeit dieser Zeremonie wieder beigewohnt. Die Interpretation der Gestapu als versuchter PKI-Putsch legitimiert im Wesentlichen noch heute die Massaker. Die Opfer werden also häufig immer noch für ihre eigene Verfolgung oder gar Vernichtung verantwortlich gemacht. Die gewaltsame Ausrottung der PKI wird zwar nicht bestritten, vereinzelt wird sogar mit Stolz darüber berichtet, Details finden sich in der offiziellen Darstellung aber nicht.

Eine Vergangenheitspolitik, die durch Mythisierungen, Heroisierungen, Auslassungen und bewusste Verfälschungen versucht, nationale Identität zu erzeugen, verhindert die Entstehung einer

aufgeklärten politischen Kultur. Eine Revision der Historiografie würde zentrale Prämissen des nationalen Selbstverständnisses infrage stellen. Insbesondere das Militär, die ehemalige Regierungspartei Golkar sowie islamische Organisationen wie Nahdatul Ulama müssten sich neu definieren.

Literatur

- Anderson, Benedict, und Ruth T. McVey (1971), *A Preliminary Analysis of the October 1, 1965, Coup in Indonesia*, Ithaca: Modern Indonesia Project, Cornell University.
- Cribb, Robert (2008), The Indonesian Massacres, in: Samuel Totten und William S. Parsons (Hrsg.), *Century of Genocide*, New York: Routledge, 235-262.
- Cribb, Robert (1990) (Hrsg.), *The Indonesian Killings of 1965-1966: Studies from Java and Bali*, Clayton, Victoria: Monash University Centre of Southeast Asian Studies.
- ICTJ (International Center for Transitional Justice) und KontraS (2011), *Derailed: Transitional Justice in Indonesia Since the Fall of Soeharto*, Jakarta: ICTJ und KontraS.
- Kammen, Douglas, und Katharine McGregor (Hrsg.) (2012), *The Contours of Mass Violence in Indonesia: 1965-1968*, Singapur: NUS Press.
- Komnas HAM (2012), *Executive Summary of the Findings of the Ad Hoc Investigation Team on Serious Crimes related to the 1965-1966 Incident*, Jakarta: Komnas HAM.
- Roosa, John (2006), *Pretext for Mass Murder: The September 30th Movement and Suharto's Coup d'Etat in Indonesia*, Madison: University of Wisconsin Press.
- Simpson, Brad (2008), *Economists with Guns: Authoritarian Development and U.S.-Indonesian Relations, 1960-1968*, Stanford, CA: Stanford University Press.
- Van Klinken, Gerry (2005), The Battle for History after Suharto, in: Mary S. Zurbuchen (Hrsg.), *Beginning to Remember: The Past in the Indonesian Present*, Singapore University Press und University of Washington Press, 233-258.
- Wahyuningroem, Sri Lestari (2013), Seducing for Truth and Justice: Civil Society Initiatives for the 1965 Mass Violence in Indonesia, in: *Journal of Current Southeast Asian Affairs*, 32, 3, 115-142.

■ Der Autor

PD Dr. Andreas Ufen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Asien-Studien. Er ist Mitglied im GIGA Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“.

E-Mail: <andreas.ufen@giga-hamburg.de>, Website: <www.giga-hamburg.de/team/ufen>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Die Mitglieder des GIGA Forschungsschwerpunkts 1 befassen sich mit der „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“. Vergangenheitspolitische Fragen werden auch im GIGA Forschungsschwerpunkt 2 „Gewalt und Sicherheit“ bearbeitet, unter anderem promoviert Astrid Bothmann zum Thema „Borrón y Cuenta Nueva. Causes and Consequences of the Lack of Transitional Justice in Nicaragua“.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Bünte, Marco, und Andreas Ufen (Hrsg.) (2009), *Democratization in Post-Suharto Indonesia*, London: Routledge.

Capdepón, Ulrike (2012), Vom ‚Fall Pinochet‘ zum ‚Fall Garzón‘. Der Einfluss von Menschenrechtsdiskursen aus dem Cono Sur auf die Auseinandersetzung mit der Franco-Diktatur in Spanien, in: Ernst Halbmayer und Sylvia Karl (Hrsg.), *Die erinnerte Gewalt. Postkonfliktdynamiken in Lateinamerika*, Global Studies, Bielefeld: Transcript, 277-300.

Jetschke, Anja, und Philomena Murray (2012), Ende der Straflosigkeit? - Internationalisierte Tribunale und die Aufarbeitung von Vergangenheit, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 35, 1, 174-191.

Journal of Current Southeast Asian Affairs (2013), Special Issue: The Massacres of 1965-1966: New Interpretations and the Current Debate in Indonesia, 32, 3, online: <www.CurrentSoutheastAsianAffairs.org>.

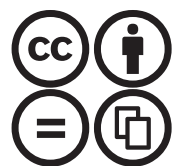
Mattes, Hanspeter (2012), *50 Jahre Unabhängigkeit Algeriens: Konfliktbeladene Vergangenheit, schwierige Zukunft*, GIGA Focus Nahost, 7, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Oettler, Anika (2006), *Vergangenheitspolitik zwischen globalen Normen und lokalen Verhältnissen*, GIGA Focus Global, 6, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/global>.

Ufen, Andreas (2002), *Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien (1965-2000)*, Hamburg: Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, 348.



Der GIGA Focus ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA Focus, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt Focus-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA Focus International Edition auf Englisch und Chinesisch veröffentlicht. Der GIGA Focus Asien wird vom GIGA Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortliche der Reihe: Hanspeter Mattes und Stephan Rosiny
Lektorat: Petra Brandt; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg



IMPRESSUM